



FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

1. Jahrgang
Nr. 22, November 2015

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU-Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

Bürgerkrieg in Deutschland und Europa infolge des Flüchtlingsdesasters?

Aus einem Kontaktgespräch zwischen «Billy» Eduard Albert Meier und dem Plejaren Quetzal am 22. Oktober 2015: Was nun die Bedrohung durch den «Islamistischen Staat» betrifft, so ist diese sehr gross, weil sie sich durch das Flüchtlingswesen stetig steigert, und zwar indem «Islamistische Schläfer», und damit also mörderische Abenteurer und Fanatiker, unkontrolliert nach Europa und in andere Staaten eingeschleust werden, wo sie dann ihr tödliches Unwesen zur Geltung bringen können. Und dass dies in Europa geschehen kann – dazu komme ich nicht umhin zu sagen –, beruht auf der Dummheit sowie dem Hass, der Rachsucht und der grenzenlosen Verantwortungslosigkeit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die den Weg für diese menschliche Katastrophe bereitet und geöffnet hat. Eine Tatsache, die sowohl das deutsche Volk und die Völker der Staaten der diktatorisch gearteten Europäischen Union in Aufruhr versetzt und bösartige Unruhen provoziert, die unter Umständen in bürgerkriegsgleichen Aufständen ausarten, wozu nicht viel fehlt gemäss dem heutigen Stand des Flüchtlingsdesasters. Dies zum einen, und zum andern sind diverse Staaten der Europäischen Union zum Wohl des eigenen Landes und dessen Bevölkerung gezwungen, drastische gewaltmässige Gegenmassnahmen zu ergreifen, sei es, wie es seit Wochen bereits geschieht, indem Grenzzäune errichtet und Flüchtlinge vor dem Eindringen ins Land abgehalten werden, oder sei es durch direkte Gewaltanwendung in bezug auf die Flüchtlinge. Und zu den Flüchtlingen ist auch zu erwähnen, dass unsere weitgehenden Abklärungen ergeben haben, dass das Gros des Gros aller «Flüchtlinge» keine wirkliche Flüchtlinge sind – zum Schaden der echten Flüchtlinge –, sondern ihre Heimat nur verlassen, weil – durch die über öffentliche Medien erfolgte Propaganda, dass alle Flüchtlinge in Deutschland und Europa willkommen seien und in jeder guten Art und Weise versorgt würden – all die Menschen von Angela Merkel dazu verführt werden, aus ihrem Land zu fliehen und nach Europa zu «flüchten», um dort von Staates wegen in jeder erdenklichen Weise umsorgt, gepflegt und nach Wunsch mit allen Luxusgütern versehen zu werden. Dies wissen wir durch das Abhören von sehr vielen Gesprächen der sogenannten «Flüchtlinge», die in ihrer Naivität den Lügen und falschen Versprechungen der Angela Merkel Glauben schenken, die Deutschland ruinieren will, wie das auch im Interesse anderer Machtbesessener der EU-Regierung liegt. Das deutsche Volk weiss aber nichts davon, dass sein Land in dieser Weise schändlich verraten wird und vom Sockel gestossen werden soll; das muss wohl noch gesagt sein.



KOMMT ES IN DEUTSCHLAND BALD ZUM BÜRGERKRIEG?

24. September 2015 Non Profit News Redaktion



Die Situation rund um die Flüchtlinge spitzt sich in ganz Europa immer mehr zu. Vor allem gibt es zwei Lager, diejenigen welche diese illegale Migrationswelle befürworten und diejenigen die dagegen sind. Die Gegner der Migrationsströme werden durch die Ängste vieler Bürger immer mehr. Doch das erzeugt Spannungen innerhalb der Bevölkerung.

Die Spaltung der Bevölkerung geht sogar schon soweit, dass Menschen, die früher mal Freunde gewesen sind, heute nichts mehr miteinander zu tun haben möchten. Es ist also ein Riss oder tiefer Graben zu sehen, der direkt durch die gesamte deutsche Bevölkerung geht. Im schlimmsten Fall könnten diese Differenzen innerhalb der Bevölkerung einen Bürgerkrieg als Folge haben.

Wer jetzt denkt, dies ist an den Haaren herbeigezogen, der hat anscheinend seine Hausaufgaben nicht gut gemacht. Doch sehen Sie selbst, was einige Persönlichkeiten aus dem Bereich der Politik dazu zu sagen haben.

Der Präsident der im Mai 2003 gegründeten «Vereinigung österreichischer Kriminalisten», **Alfred Ellinger**, Strafrichter und Vizepräsident des Landesgerichts Eisenstadt, hat in seiner brillanten Analyse über die Islamisierung Österreichs und Europas bereits vor Jahren prophezeit: «Europa wird Schlachtfeld für einen grossen Kampf werden» und beendet seinen Bericht mit dem Satz: «Wenn sich Europa nicht sehr schnell von einer völlig verfehlten Migrationspolitik, der Vision einer «multikulturellen Gesellschaft» und einer verfehlten Toleranz im Umgang mit verhetzten Islamisten verabschiedet, wird der gebetsmühlenartige Aufruf zu «Dialog» und «Toleranz» zu ungeahnten Problemen und zu neuen politisch motivierten Glaubenskriegen in unseren Städten führen.»

FOCUS MONEY ONLINE am 20. Juni 2012: «Immer mehr Experten warnen vor schwersten Unruhen mitten in Europa. Die Strassenschlachten in Athen, brennende Gebäude in London, die angezündeten Autos in Berlin und Hamburg seien ein klares Anzeichen dafür, wie unzufrieden die Menschen in Europa sind. Natürlich erwartet die Bundesregierung hier schwere soziale Unruhen. Man weiss, was sich da zusammenbraut, aber man verdrängt das in der Öffentlichkeit lieber», sagt **Rainer Wendt**, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Auch der US-Geheimdienst CIA kommt in einer Studie zu dem Schluss: Millionen werden im Zuge der Krise arbeitslos und verarmen. Das birgt das Risiko schwerer sozialer Unruhen und sogar eines Bürgerkriegs.

Einer geheimen CIA-Studie aus dem Jahr 2006 zufolge wird in zahlreichen europäischen Ballungsgebieten mit Bürgerkrieg zu rechnen sein. In der Studie finden sich detaillierte Angaben, an welchen Orten als erstes mit Bürgerkriegen zu rechnen sein wird. CIA-Chef Hayden wird diesbezüglich von der renommierten Zeitung «Washington Post» mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben. Zugleich würden die Geburtenzahlen der alt eingesessenen europäischen Bevölkerung weiter sinken. Die Integration dieser moslemischen Migranten werde die europäischen Staaten vor grosse Herausforderungen stellen – und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen (Quelle: Washington Post Mai 2008).

DIE WELT am 8. November 2012: Der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt** hält in den nächsten Jahren tiefgreifende politische und wirtschaftliche Veränderungen für denkbar. «Wir stehen vielleicht vor einer Revolution in Europa», sagte Schmidt am Donnerstag beim Wirtschaftsforum der Wochenzeitung «Die Zeit» in Hamburg.

Der ehemalige deutsche Kanzler **Helmut Schmidt**, sagte am 2. Dezember 2012 in der St. Michaelis Kirche in Hamburg, bei einem Gespräch mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble, zur Lage in Europa: «Wir sind am Vorabend der Möglichkeit einer Revolution in Europa. Ich spüre, dass wir uns in einer Unsicherheitssituation befinden und dass die Mehrheit der öffentlichen Meinung von Spanien und Italien bis nach Finnland und einschliesslich Deutschlands, das Vertrauen in die Europäische Vereinigung etwas abgebaut hat und dass dieser Prozess des Vertrauensverlustes noch nicht zu Ende ist. Dass Europa nicht gerade auf Platz 1 der Beliebtheitskala der Deutschen ist, ist offensichtlich.»

Die NEOPresse meldete am 20. Juli 2015: Der polnische EU-Ratspräsident **Donald Tusk** sagte: «Die Atmosphäre ist ein wenig mit der in der Zeit in Europa nach 1968 zu vergleichen. Ich spüre eine, vielleicht noch nicht direkt revolutionäre Stimmung, aber eine starke Ungeduld. Wenn aber Ungeduld von der individuellen Erfahrung zu einem sozialen Phänomen wird, dann ist das die Einleitung von Revolutionen.»

Wie man sieht haben schon einige Politiker vor einem drohenden Bürgerkrieg und Revolutionen in Europa, insbesondere in Deutschland gewarnt. In diesem Zusammenhang ist ein Posting des bekannten Journalisten und Autors **Udo Ulfkotte** höchst interessant. Am 17. September um 14:27 veröffentlichte Udo Ulfkotte auf seinem FB-Account folgendes Posting:

Diese Mail bekam ich gerade von einem Ex-Bundestagsabgeordneten (voll vertrauenswürdig):

HABE GERADE MEINEN PILOTENSPEZL ANGERUFEN, WEIL DER HEUTE NACH MÜNCHEN ZUR FLUGÄRZTLICHEN UNTERSUCHUNG MUSSTE UND ICH IHN FRAGEN WOLLTE OB MAN IHN JETZT SCHON AUSMUSTERT.

ER SAGTE MIR, DASS VOR IHM EIN STAFFELFÜHRER DER BAYRISCHEN POLIZEIHUBSCHRAUBER DRAN WAR.

DER SAGTE, DIE LAGE SEI KOMPLETT AUSSER KONTROLLE, DIE MEDIEN UND POLITIKER LÜGEN. UNVORSTELLBAR, ES KÄMEN 5–6 MAL SOVIEL MENSCHEN WIE OFFIZIELL ANGEZEIGT.

ER HABE SICH IN DEUTSCH SÜDWEST-NAMIBIA EINE LANDWIRTSCHAFT GEKAUFT UND WERDE BALD ABHAUEN.

DIE POLIZEIFÜHRUNG SPRICHT INTERN VOM BALDIGEN BÜRGERKRIEG !!!“

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/09/kommt-es-in-deutschland-bald-zum-buergerkrieg/>

Achim Wolf, Deutschland

Sonja Walter
August-Ganther-Str. 12
79117 Freiburg
Deutschland
Tel. 0049/761/640209
uni-info@t-online.de

An die
Regierungen in der
Schweiz, Deutschland
und Österreich

Sehr geehrte Damen und Herren,

aktuell sorgt die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel europaweit für Erstaunen, die allerdings lediglich die Fortsetzung der seit Jahren von Frau Merkel betriebenen «Reformpolitik» darstellt. Denn die deutsche Bundesregierung betreibt bereits seit Jahren gezielt den Abbau der Sozialstaatlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa, weshalb die aktuelle Flüchtlingspolitik nicht wirklich erstaunt. Denn die hohe Anzahl der Flüchtlinge und der Nachzug der Familienmitglieder werden die deutschen Sozialsysteme zum Kollabieren bringen, was für Frau Merkel und Kollegen dann vermutlich ein willkommener Anlass sein wird den Sozialstaat innerhalb kurzer Zeit auf ein Minimum zurückzufahren. Die aktuelle Aufregung über den unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen hat für Frau Merkel zudem den positiven Nebeneffekt, dass der NSA-BND-Skandal in Vergessenheit geraten ist und dass Frau Merkel bzw. die Freunde von Frau

Merkel ihre Spionage-Aktivitäten in Deutschland und Europa dezent fortsetzen können. Einen Finanzierungsplan bzgl. der Kosten, welche die Unterkunft und die Verpflegung und Krankenversorgung von geschätzt vier Millionen Menschen verursachen wird (derzeit rund eine Million Flüchtlinge und die nachfolgenden Familienmitglieder) hat Frau Merkel bisher nicht vorgelegt, vielmehr hat Frau Merkel die falsche Behauptung erhoben, dass die Finanzierung angeblich kein Problem sei «weil Deutschland gut gewirtschaftet habe».

Davon kann überhaupt keine Rede sein. Zwar sitzen die deutschen Politiker in Berlin wohlgenährt in ihren Sesseln, in der Bevölkerung breitet sich stattdessen seit Jahren eine galoppierende Verelendung und Obdachlosigkeit aus, die sich infolge der Flüchtlinge und deren Familien, die noch nachziehen werden, logischerweise noch intensivieren wird. In welchem heruntergewirtschafteten Zustand Deutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall ist, zeigt beispielsweise eine aktuelle Aktion der deutschen Krankenhaus-Gewerkschaft Verdi, welche der Bundesregierung am 12.10.2015 zusammen mit rund 150 000 Unterschriften eine Petition übergeben hat, die dazu dienen soll eine gesetzliche personelle Mindestbesetzung in den Krankenhäusern sicherzustellen. Nach den Recherchen von Verdi fehlen derzeit in deutschen Krankenhäusern rund 162 000 Stellen, mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung, welche im Krankheitsfall gewährleisten muss, dass sie von den überlasteten Beschäftigten zum Krüppel operiert wird oder das Krankenhaus als Leiche verlässt, weil die Beschäftigten unter der Last der Überstunden vielerorts quasi zusammenbrechen und die hygienischen und medizinischen Mindeststandards nicht mehr aufrechterhalten können, vgl. hierzu ein Schreiben an den Ethikrat und die eingefügten Links zu Presseberichten im Text unten. Damit die deutsche Bundesregierung sich mit dem Antrag von Verdi beschäftigten muss, ist ein Quorum von 50 000 Unterschriften erforderlich: Nach vier Wochen waren auf Papier und online mehr als 150 000 Unterschriften eingegangen, woran sich zeigt wie brennend das Problem ist. Bezeichnenderweise hat die zensierte deutsche Presse den Vorgang verschwiegen, obwohl an der öffentlichen Relevanz kein Zweifel bestehen kann. Und obwohl die Mainstream-Medien über die Petition nicht berichtet haben, kam dennoch das Dreifache des Quorums an Unterschriften zusammen, vgl. <http://www.der-druckmuss-raus.de/die-krankenhauspetition/151600-unterschriften-eingereicht> Nach meiner freien persönlichen Meinung schulden Deutschland und Europa Flüchtlingen aus Kriegsgebieten gleichwohl Hilfe, soweit diese nicht vor Ort oder in den umgrenzenden Gebieten angeboten werden kann. Allerdings hätte die deutsche Bundesregierung hierzu schon längst zusammen mit den anderen europäischen Staaten einen Plan erstellen können und müssen, in welcher Weise Flüchtlinge auf die EU-Staaten verteilt werden sollen und in welcher Weise die Versorgung finanziert werden soll. Vor einigen Wochen wurde seitens der EU anscheinend die Einführung eines Flüchtlings-Soli in Erwägung gezogen, der über die Mehrwertsteuer finanziert werden sollte. Anscheinend wurden diese Pläne nicht weiterverfolgt.

Ich halte die Pläne zur Einführung eines Flüchtlings-Soli für ausgezeichnet

Logischerweise sollte dieser aber nicht über die Mehrwertsteuer von Seiten der zunehmend verarmten europäischen Bevölkerung finanziert werden, sondern von Einkommen, welche einen Abschlag verkraften können, allenfalls wäre eine Mehrwertsteuererhöhung auf Luxusartikel denkbar. Auch erschliesst sich für die Deutschen nicht, warum junge Männer nach Deutschland fliehen, anstelle sich in ihrem Heimatland für Frieden und Wohlstand einzusetzen. Falls Deutschland morgen vom Krieg bedroht sein sollte, dann können sich die deutschen Männer auch nicht einfach aus dem Staub machen, sondern werden Deutschland (hoffentlich) verteidigen. Allenfalls möchte man den drei Millionen Griechen, die infolge der faschistischen und auf das Töten von einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zielenden Autoritätspolitik von Frau Merkel ohne Krankenversorgung sind, anraten ebenfalls Asyl in Deutschland oder in anderen Staaten zu suchen, bevor diese mangels medizinischer Behandlung verrecken. Natürlich kann Deutschland jederzeit die fehlenden Stellen in den deutschen Krankenhäusern besetzen. Es wäre hierzu nur erforderlich, dass die deutsche Bundesregierung den Haushalt neu definiert und der «Reformpolitik» der letzten Jahre, die zugunsten einer Minderheit von Millionären auf die Ausbeutung und Entrechtung der breiten Bevölkerung zielt, ein Ende setzt.

Unten im Text wird auf das Personalratsjournal der Universitätsklinik Freiburg Bezug genommen und verlinkt, weil die Berichte der Beschäftigten den katastrophalen Zustand in der Krankenversorgung in Deutschland sehr hübsch aufzeigen, welche diese Bezeichnung schon seit Jahren nicht mehr verdient. Dem Bericht der Beschäftigten und einem weiteren im Text unten verlinkten Bericht der Krankenhausesgewerkschaft Verdi kann unter anderem entnommen werden, dass die personelle Besetzung in den Krankenhäusern in der Schweiz und sogar in Polen erheblich über dem deutschen Standard liegt. Ich vermute, dass die Deutschen demnächst in Polen

oder in der Schweiz um Asyl nachsuchen werden für den Fall, dass die Deutschen nicht imstande sind die amtierende Bundesregierung loszuwerden. Für den Fall, dass sich der Link zum Personalratsjournal der Universitätsklinik Freiburg im Text unten nicht öffnen lässt, habe ich das Personalratsjournal im Anhang als PDF-Datei beigefügt. Wenn der Anhang mit der Maus angeklickt wird, öffnet sich das Mediacenter der Telekom, wo der Bericht durch ein weiteres Anklicken geöffnet, bzw. heruntergeladen werden kann.

Auch die Verhältnisse in den deutschen Gefängnissen haben sich in den letzten Jahren zunehmend den Verhältnissen in Nordkorea angeglichen. Beispielsweise wurde im vergangenen Jahr bekannt, dass in der Vollzugsanstalt in Bruchsal (im deutschen Bundesland Baden-Württemberg) ein Afrikaner verhungert ist, der rechtsfehlerhaft in Einzelhaft untergebracht worden war, vgl. einen Bericht in der Badischen Zeitung. <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/neue-vorwuerfe-gegen-leiter-der-jva-bruchsal--93988075.html>. Bei dem Bericht handelt es sich anscheinend nur um die Spitze vom Eisberg. Denn inzwischen liegen hier noch weitere Informationen bzw. Gerichtsurteile vor, über welche die Medien nicht berichten und welche zeigen, dass in mehreren Gefängnissen in Baden-Württemberg unter dem amtierenden Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann Gefängnisinsassen jahrelang (sexuell) misshandelt und kranke Gefangene getötet wurden bzw. vorsätzlich Umständen ausgesetzt wurden, die geeignet waren den Tod von alten oder kranken Gefangenen herbeizuführen. Hierzu wird die Unterzeichnerin demnächst in einem gesonderten Schreiben unter Bezugnahme auf die hier bekannt gewordenen Gerichtsurteile berichten. Verantwortlich für diese Verhältnisse ist neben dem von Herrn Kretschmann (Grüne) ins Amt gebrachten Justizminister von Baden-Württemberg Rainer Stickelberger (SPD) zudem die ehemalige parteilose Amtschefin des Justizministeriums von Baden-Württemberg Bettina Limperg (2011 bis 2014), die von Frau Merkel bzw. dem Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) zum 01.07.2014 zur neuen Präsidentin des Bundesgerichtshofs berufen wurde. Zuvor hatte Frau Merkel die Stelle des Präsidenten des deutschen Bundesverfassungsgerichts mit dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Universitätsklinik Freiburg Andreas Vosskuhle besetzt, der in dieser Funktion kriminelle Mediziner protegiert und mit finanziellen Zuwendungen belohnt hatte und das Richteramt dazu missbraucht, die Verfassungsbeschwerden der Opfer vom Schreibtisch zu wischen, damit in Deutschland ohne ethische und juristische Hemmungen Forschung an den Kranken betrieben werden kann.

Nachdem in den letzten Jahren zudem aufgefliegen war, dass in den deutschen Krankenhäusern der Organhandel floriert, ist die Anzahl der Organspenden in Deutschland erheblich zurückgegangen. Möglicherweise hoffen Frau Merkel (CDU) und Frau Merkels Vize Sigmar Gabriel (SPD) darauf, dass das Manko durch die Flüchtlinge ausgeglichen werden kann. Denn Herr Gabriel zählt zum Kuratorium des Max-Planck-Instituts in Göttingen. Das Institut sorgte in den Jahren 2009 und 2010 in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik Göttingen aufgrund von unqualifizierten medizinischen Versuchen an Schlaganfallpatienten und an psychisch Kranken mit EPO für Schlagzeilen, die infolge der Versuche verstorben waren. Herr Gabriel hat in Göttingen studiert. Eine wiederholte schriftliche Anfrage an Herrn Gabriel, ob medizinische Versuche an psychisch kranken und/oder kognitiv eingeschränkten Patienten überhaupt zulässig sind bzw. ob eine rechtswirksame Einwilligung der Patienten in die Versuche vorliegt, blieb ohne Antwort. Weiterhin sorgte die Universitätsklinik Göttingen im Jahr 2012 im Zusammenhang mit Organhandel für Schlagzeilen. Und auch in Baden-Württemberg stellen medizinische Versuche ohne rechtswirksame Risikoaufklärung den Normalfall dar, weil der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der eingangs erwähnte Justizminister Rainer Stickelberger die Justizbehörden mit Personen besetzen, die Straftaten an Kranken vertuschen und fördern. Und irritierenderweise erklärte die langjährige deutsche Chefin der Grünen, Claudia Roth, im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte vor laufender Kamera, dass Deutschland die Flüchtlinge nicht unmittelbar verwerten könne. Auch wenn sich die Äusserung von Frau Roth mutmasslich auf den Arbeitsmarkt bezogen hat, so zeigt sich an der Wortwahl anschaulich die Sichtweise, mit welcher deutsche Politiker die Bevölkerung betrachten.

Dienstaufsichtsbeschwerden lässt Frau Merkel regelmässig ohne Antwort, obwohl Frau Merkel gemäss Art. 84 Abs. 3 GG verpflichtet ist die Umsetzung der Bundesgesetze in den einzelnen Bundesländern sicherzustellen, was schon längst nicht mehr gewährleistet ist, wie zum Beispiel die tödlichen und faschistischen Verhältnisse in den Vollzugsanstalten und in den Krankenhäusern in Baden-Württemberg zeigen. Vielmehr wird die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland von Frau Merkel infolge der eingangs erwähnten personellen Besetzung der Bundesgerichte mit Andreas Vosskuhle und Bettina Limperg gezielt hintertrieben. Bereits in einem Urteil vom 30.11.2011 hat das Landgericht Freiburg auf den S. 12 ff festgestellt, dass die Freiburger Universitätsleitung

kriminelle Mediziner protegiert und mit finanziellen Zuwendungen belohnt hat, bzw. dass es sich bei diesen Äusserungen um eine zulässige Meinungsäusserung gemäss Art. 5 Abs. 1 GG handelt, weil sie auf Tatsachen beruht. Die streitgegenständliche Äusserung bezog sich auf die Freiburger Rektoren der letzten Jahre Wolfgang Jäger, Andreas Vosskuhle und den amtierenden Rektor Hans-Jochen Schiewer, der mit Hilfe einer Unterlassungsklage öffentliche Äusserungen über die von ihm und seinen Vorgängern zu verantwortenden und für die Bevölkerung unzumutbaren Verhältnisse im Bereich der Universitätsklinik Freiburg unterbinden wollte.

Obwohl das Urteil und der zugrunde liegende Sachverhalt nach deutschem Recht staatsanwaltliche Ermittlungen im Bereich der Universitätsklinik Freiburg und eine Neubesetzung der Stelle von Herrn Vosskuhle und von Herrn Schiewer erfordert hätten, blieben die Dienstaufsichtsbeschwerden der Unterzeichnerin an die Landesregierung von Baden-Württemberg und an die Bundesregierung ohne Antwort. In dieser Folge kamen weitere Patienten zu Schaden, Ende nicht in Sicht (wie beispielsweise der unten im Schreiben an den Ethikrat verlinkte Bericht der Beschäftigten der Universitätsklinik Freiburg im Personalratsjournal zeigt). Und bezeichnenderweise kann einem Gastkommentar des Londoner Rechtsprofessors Gunnar Beck im Handelsblatt vom 17.04.2013 entnommen werden, dass Herr Vosskuhle anlässlich von einem Studentenempfang in Oxford in angetrunkenem Zustand damit geprahlt habe, mit welchen Methoden Herr Vosskuhle das Recht beugt um die gesetzeswidrige europäische Finanzpolitik von Frau Merkel zu sanktionieren: Mit Scheinargumenten und Verfahrensverschleppung. Nachdem der Gastkommentar von Herrn Beck seit mehr als zwei Jahren anscheinend unbeanstandet von Herrn Vosskuhle im Internet nachgelesen werden kann, ist davon auszugehen, dass der Bericht auf Tatsachen beruht.

<http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zur-rettungspolitik-schuldenfinanzierung-ueber-die-druckerpresse/8069108-5.html>. Denn andernfalls hätte Herr Vosskuhle sicherlich nicht gezögert, gerichtlich Unterlassung zu verlangen oder Strafanzeige wegen Verleumdung zu erstatten. Denn in Freiburg verfolgt die Universitätsleitung namens von Herrn Vosskuhle (der bis heute einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Freiburg unterhält) verpfuschte Patienten mit Entmündigungsanträgen, Unterlassungsklagen und Strafanzeigen wegen angeblicher Verleumdung, wenn diese sich hilfeschend an die Landesregierung oder an die Öffentlichkeit wenden.

Im Hinblick auf die grausamen, auf das Töten von Menschen zielenden Machenschaften von Frau Merkel (Politik kann man das nicht nennen) ist es jedenfalls sehr unwahrscheinlich, dass die von Frau Merkel betriebene grenzenlose Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland auf Altruismus beruht. Der menschenverachtende Charakter von Frau Merkel zeigt sich auch daran, dass Frau Merkel im Jahr 2003 (in dem offensichtlichen Bestreben sich der globalen Hochfinanz anzudienen) lautstark in den Kriegsgesang der amerikanischen Regierung unter George Bush Junior einstimme, die nachfolgend den Irak überfallen hat, was dazu dienlich war, den USA freien Zugang zu den irakischen Ölquellen zu verschaffen. Bilanz: rund eine Million Tote, zudem zahllose Verletzte, Verstümmelte, Traumatisierte, Witwen, Waisen usw. <https://www.youtube.com/watch?v=NVolRm1iqBY>. Es wurde nie bekannt, dass Frau Merkel sich jemals darum bemüht hat das durch die Kriegstreiberei von Frau Merkel mitverschuldete unbeschreibliche Leid der überlebenden unschuldigen Opfer im Irak zu lindern, oder dass Frau Merkel diesen Asyl in Deutschland angeboten habe. Es ist vollkommen unverständlich, dass die Deutschen eine solche entsetzliche Person wie Frau Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt haben.

Anbei sende ich mehrere Links, die zu Reden bzw. Interviews mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und dem Wikileaks-Gründer Julian Assange zum Thema Syrien führen. Assange berichtet, dass Depeschen beweisen würden, dass die USA bereits im Jahr 2006 aus imperialistischen Gründen geplant habe Syrien zu destabilisieren. Auch pfeifen es im Internet bereits die Spatzen von den Dächern, dass der Flüchtlingsstrom nach Europa zum imperialistischen Gesamtplan der globalen Hochfinanz bzw. der USA zählt, deren Interessen die deutsche Bundeskanzlerin bedient.

<http://www.info-direkt.eu/wikileaks-strategische-entvolkerung-von-syrien-und-eu-fluechtlingskrise-von-langer-hand-geplant/>

Hier ein Kurzbericht zu dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad (Klagemauer TV)

<https://www.youtube.com/watch?v=qIcSrDp2Ock>

Und hier ein sehr interessantes Interview mit Assad
<https://www.youtube.com/watch?v=0UjkcoC1aok>

Hier eine Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Oktober 2015
<https://www.youtube.com/watch?v=tkxKblrmWYQ>

Hierzu möchte ich Sie informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Sonja Walter

https://www.uniklinik-freiburg.de/fileadmin/mediapool/10_andere/personalrat/pdf/Pra-Nr-121-Mai.pdf

Personalrat aktuell

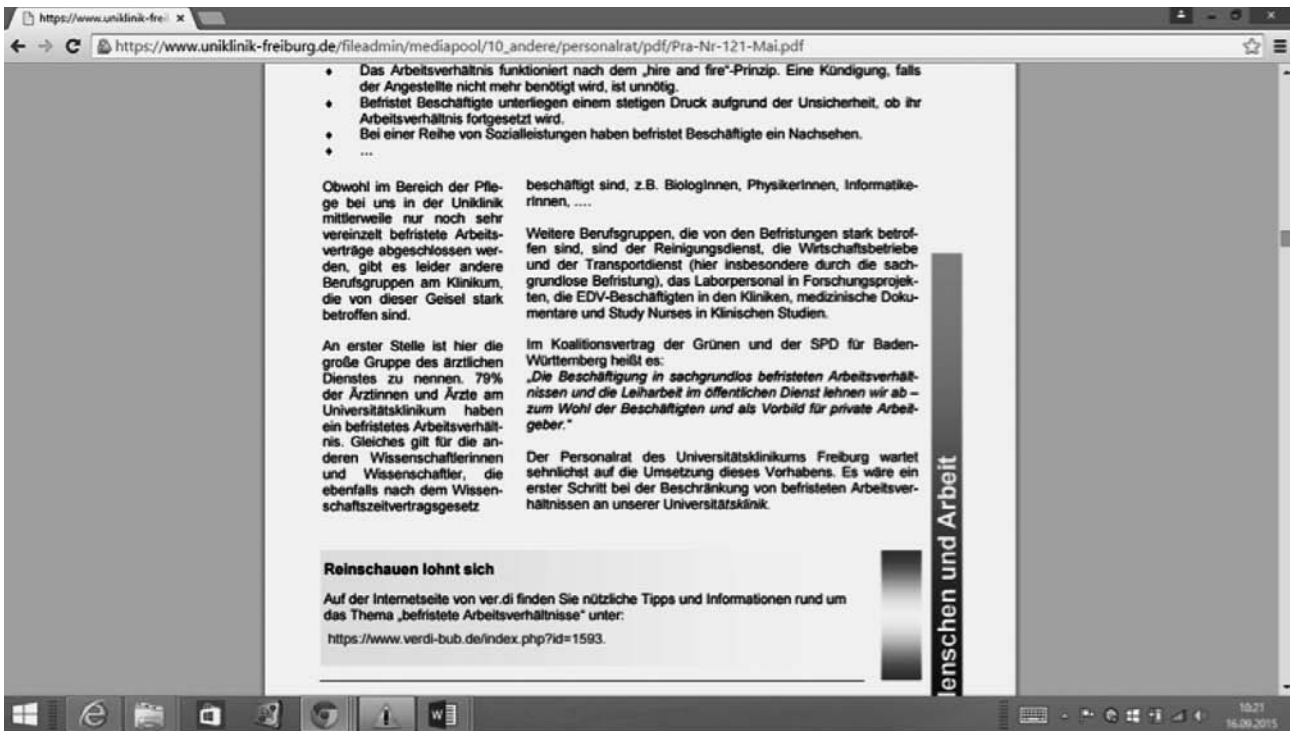
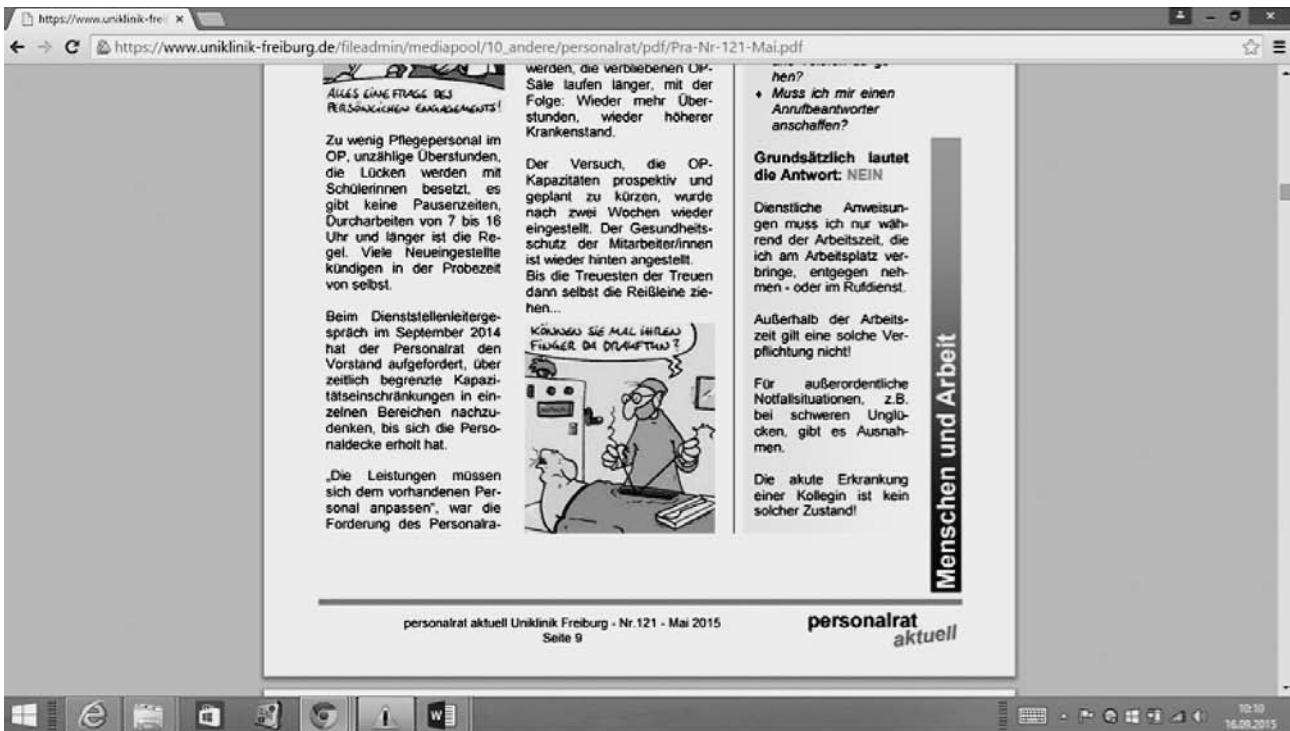
Überlastungsanzeigen S. 9

Befristete Arbeitsverträge, Wahllügen Grüne S. 13

OP, Menschen und Arbeit

Die Abwärtsspirale im OP dreht sich immer weiter. Selbst die Treuesten der Treuen haben die Nase mittlerweile gestrichen voll! Zu wenig Pflegepersonal im OP, unzählige Überstunden, die Lücken werden mit Schülerinnen besetzt, es gibt keine Pausenzeiten, Durcharbeiten von 7 bis 16 Uhr und länger ist die Regel. Viele Neueingestellte kündigen in der Probezeit von selbst. Beim Dienststellenleitergespräch im September 2014 hat der Personalrat den Vorstand aufgefordert, über zeitlich begrenzte Kapazitätseinschränkungen in einzelnen Bereichen nachzudenken, bis sich die Personaldecke erholt hat. «Die Leistungen müssen sich dem vorhandenen Personal anpassen», war die Forderung des Personalrates. «Nicht machbar», war die Antwort des Vorstandes. Ein halbes Jahr später gibt es im Bereich des <Zentral OP> kaum mehr einen Tag, an dem in allen OP-Sälen operiert werden kann. Eingriffe an Patienten müssen teilweise abgesagt oder verschoben werden, die verbliebenen OP-Säle laufen länger, mit der Folge: Wieder mehr Überstunden, wieder höherer Krankenstand. Der Versuch, die OP-Kapazitäten prospektiv und geplant zu kürzen, wurde nach zwei Wochen wieder eingestellt. Der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter/innen ist wieder hinten angestellt. Bis die Treuesten der Treuen dann selbst die Reissleine ziehen ...





Im Koalitionsvertrag der Grünen und der SPD für Baden-Württemberg heisst es: «Die Beschäftigung in sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnissen und die Leiharbeit im öffentlichen Dienst lehnen wir ab – zum Wohl der Beschäftigten und als Vorbild für private Arbeitgeber.» Der Personalrat des Universitätsklinikums Freiburg wartet sehnlichst auf die Umsetzung dieses Vorhabens. Es wäre ein erster Schritt bei der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen an unserer Universitätsklinik. (...)

«An der Uniklinik arbeiten rund 900 Beschäftigte, die in unterschiedlichen Aufgaben und mit unterschiedlichen Qualifikationen im Labor tätig sind. Davon sind rund ein Viertel mit befristeten Verträgen angestellt.» (...)

Von den 1219 am Universitätsklinikum Freiburg arbeitenden ÄrztInnen haben lediglich 252 (20,7%) einen unbefristeten Arbeitsvertrag (Stand 31.12.2014). Bei den AssistentenärztInnen (Tarifgruppe Ä1) hat eine/r (0,2%) von 614 ÄrztInnen einen unbefristeten Vertrag, bei den Fachärzten (Ä2) sind es 14,4% (44 von 306 KollegInnen).

Erst auf Oberarzt/ärztin-Ebene ändert sich das Verhältnis. Hier sind 118 von 198 (59,6%) unbefristet beschäftigt, aber selbst bei den in Ä4 eingruppierten leitenden O-ÄrztInnen sind vier von 31 KollegInnen nur mit einem befristeten Vertrag ausgestattet.

https://www.uniklinik-freiburg.de/fileadmin/mediapool/10_andere/personalrat/pdf/Pra-Nr-121-Mai.pdf

- Das Arbeitsverhältnis funktioniert nach dem Jhre and fire-Prinzip. Eine Kündigung, falls der Angestellte nicht mehr benötigt wird, ist unnötig.
- Befristet Beschäftigte unterliegen einem stetigen Druck aufgrund der Unsicherheit, ob ihr Arbeitsverhältnis fortgesetzt wird.
- Bei einer Reihe von Sozialleistungen haben befristet Beschäftigte ein Nachsehen.
-

Obwohl im Bereich der Pflege bei uns in der Uniklinik mittlerweile nur noch sehr vereinzelt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden, gibt es leider andere Berufsgruppen am Klinikum, die von dieser Geisel stark betroffen sind.

beschäftigt sind, z.B. Biologinnen, PhysikerInnen, Informatikerinnen,

Weitere Berufsgruppen, die von den Befristungen stark betroffen sind, sind der Reinigungsdienst, die Wirtschaftsbetriebe und der Transportdienst (hier insbesondere durch die sachgrundlose Befristung), das Laborpersonal in Forschungsprojekten, die EDV-Beschäftigten in den Kliniken, medizinische Dokumentare und Study Nurses in Klinischen Studien.

Im Koalitionsvertrag der Grünen und der SPD für Baden-Württemberg heißt es:
 „Die Beschäftigung in sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnissen und die Leiharbeit im öffentlichen Dienst lehnen wir ab – zum Wohl der Beschäftigten und als Vorbild für private Arbeitgeber.“

Der Personalrat des Universitätsklinikums Freiburg wartet sehnlichst auf die Umsetzung dieses Vorhabens. Es wäre ein erster Schritt bei der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen an unserer Universitätsklinik.

Reinschauen lohnt sich

Auf der Internetseite von ver.di finden Sie nützliche Tipps und Informationen rund um das Thema „befristete Arbeitsverhältnisse“ unter:
<https://www.verdi-bub.de/index.php?id=1593>.

menschen und Arbeit

Seite 28 Dienstag, 10. November 2015

Das freie Wort

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

Das Fundament des Bauwahns

Dass Herr Dr. Wallentin die Verbaugung von fruchtbaren Böden zum Thema macht, ist sehr begrüßenswert, wenngleich zu seinen richtigen Überlegungen einige Ergänzungen angebracht sind.

Natürlich ist es ein logischer Ansatz, zuerst leer stehende Industriehallen, Wohnungs- und Geschäftsobjekte zu nutzen, die gesamt auf 630 Millionen Quadratmeter beziffert werden. Wenn jedoch weiter gerechnet wird, dann wäre bei linearem Bedarf von 31 Fußballfeldern pro Tag diese „Recycling-Nutzung“ in maximal acht Jahren ausgeschöpft. Spätestens dann wären wir nicht mehr Europameister des Bauwahns, was jedoch nichts daran ändern wird, dass ungebrochen das Bedürfnis nach Wohn-, Straßen- und Industriebauten bestehen bleibt! Die Ursache ist und bleibt die mathematische Tatsache, dass die Bevölkerungszahl steigt. Die Gier nach Macht, Geld und Firmengewinn darf erst als Zweitbesetzung genannt werden, denn Immerhin braucht selbst der gierigste und skrupelloseste Geschäftsmann andere Menschen, die irgendwelche Dienstleistungen oder Waren von ihm abkaufen.

Das Beste, was uns also passieren kann, ist ein weltweiter kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang durch eine rigorose Geburtenregelung. All jene Menschen, die gegen eine Einschränkung der maximalen Nachkommenschaft sind, sollten sich im Umkehrschluss fragen, ob sie für eine Einschränkung des Lebensraumes sind.

heraus, dass wir von demen- ten und an Amnesie leidenden Personen regiert werden.

Ich mit meinen 74 Jahren könnte diesen Politikern mit meinem Wissen zur Verfügung stehen, damit sie bei ihren Einvernahmen nicht so dumm dastehen müssen.

Ewald Kolar, Schiefeling am See

„Was kann man denn überhaupt noch essen?“

Die Antwort auf die Frage, was man noch essen kann, ist doch ganz einfach zu geben. Solange sich die Weltbevölkerung nach Art der Karnickel weitervermehrt und dies auch noch als Segen betrachtet wird, werden, da sich die Erde schließlich nicht auflösen und beliebig vergrößern lässt, nicht nur die Nahrungsmittel, sondern auch das Platzangebot für den Einzelnen immer knapper.

August Riegler, Kinndberg

Warum Insekten?

Man braucht ja kein Prophet zu sein, wenn man in die Zukunft schauen will. Aufgrund der ungezügelten Zuwanderung aus anderen Kulturen und Religionen werden bald die vorher hier lebenden Menschen zur aussterbenden Art gehören. Zudem steigt die Bevölkerung in einem unerträglichen Maß, und wenn genug von diesen Leuten bei uns sind und die Arbeitslosigkeit bei 60 bis 80 Prozent liegt, werden wir froh sein, wenn man uns zu Mittag Würmer und anderes Ungeziefer anbietet.

Wenn man ablehnt, hat man halt nichts! Super! Da haben unsere Politiker doch richtig Weitblick gezeigt.

Günter Kottisch, Wien



Foto: Fotolia

Dass Väter auf die spätere Entwicklung eines Kindes großen Einfluss haben, steht außer Frage. Wächst etwa jedes 10. Kind ohne männliche Bezugsperson auf.

Väter sind wichtig!

Einen herzlichen Dank an die „Kronen Zeitung“, dass sie den hohen Stellenwert der Väter aufzeigt. Leider gibt es in Österreich viel zu viele Kinder, welche ihre Väter nicht als gleichwertigen Elternteil erleben dürfen. Nach einer Trennung werden Väter allzu oft von den Kindern abgegrenzt und den Kindern ein stark verzerrtes Vaterbild vermittelt. Das führt nicht selten dazu, dass selbst erwachsene Kinder ihre Väter ausgrenzen. So wird

großes Leid über Kinder, Väter und alle väterlichen Verwandten gebracht.

Warum handelt die Politik nicht? Warum vertritt kein Politiker Rechte für Väter? Warum wird dieser wichtige Teil der Kinderrechte ignoriert?

Wir brauchen endlich eine Veränderung in Österreich, damit wieder alle unsere Kinder ihre Väter haben können, welche sie für ihre Zukunft und Entwicklung so dringend brauchen!

Peter Gugganig, Graz

Quelle: Kronen-Zeitung, Wien

Das Schweizer Modell

Dr. Tassilo Wallentin, erschienen am 8.11.2015 (Kronen-Zeitung, Wien)

Asyl-Chaos, Genderwahn, überbordende Bürokratie, horrende Staatsausgaben, Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und Parteienfilz: Österreich krankt daran, dass es bei uns nur einmal in fünf Jahren Demokratie gibt; nämlich am Wahltag. Dazwischen regiert die politische Klasse «von oben nach unten» und denkt nicht ernsthaft daran, sich oder das Land zu reformieren und Pfründe aufzugeben. Daher brauchen wir sie: Die direkte Demokratie nach Schweizer Modell.

Wie schafft man es, dass es 500 Jahre keinen Krieg gibt, vier Religionen und vier Volksgruppen mit vier Sprachen und 26 Kleinstaaten zum Wohle aller existieren, die Arbeitslosigkeit weniger als 3% beträgt, die Löhne sehr hoch, die Infrastrukturen perfekt und die Universitäten besser als in Resteuropa sind? Mit direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild. Denn in der Schweiz haben nicht Politiker oder Parteien das Sagen, sondern die Bürger. Sie sind die Chefs und können der politischen Klasse – jederzeit – die Rote Karte zeigen.

Wenn es 50 000 Bürger verlangen, dann muss über jedes neue Gesetz und jeden Staatsvertrag eine bindende Volksabstimmung abgehalten werden. 100 000 Unterstützer reichen aus, damit über die Gesetzesinitiative eines Bürgers oder einer Bürgerinitiative abgestimmt werden muss, die – falls sich eine Mehrheit im Volk dafür findet – von der Regierung «ohne Wenn und Aber» gesetzlich umzusetzen ist.

Mit einem Wort: In der Schweiz ist es ziemlich egal, wer in der Regierung sitzt. Denn die Pläne der Obrigkeit können jederzeit am Einspruch des Volkes scheitern. Die Regierenden werden mit der direkten Demokratie an der kurzen Leine gehalten, und das ist gut so. Österreich stünde heute anders da, wenn die Bürger über Asyl-Politik, Finanzierung von Krisenländern und Pleite-Banken, TTIP, ESM-Rettungsschirm, Steuerlast, Verwaltungsreform, Registrierkassen oder Frühsexualisierung von Kindergartenkindern abstimmen könnten. Wohin es uns führt, wenn Partei- und Klientelinteressen unverschämt über das Wohl des Landes gestellt werden, zeigt neben dem Hypo-Desaster eine neue Studie der Wirtschaftsuniversität Wien: Österreich verliert seit 2007 ständig an Wettbewerbsfähigkeit und fällt immer weiter ab. Von fehlenden Reformen am Arbeitsmarkt, im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsbereich, erdrückender Abgaben- und Steuerlast und zu hoher Inflation im Vergleich zu den anderen EU-Ländern ist die Rede. All das sind «hausgemachte Probleme», die nicht auf die allgemeine Konjunktur geschoben werden können. Die Ursache für diesen Abfall und die erschreckende Zunahme der relativen Armut ist die eiskalte Reformverweigerung der Politiker. Die Studie führt zum vernichtenden Urteil: «Österreich tritt in die Fusstapfen Griechenlands».

Und was für unser Land gilt, gilt noch mehr für die EU: Die vertragswidrige Schuldenunion, gleichmacherische Bürokratie und stümperhafte Aussenpolitik sind eine Art «Revolution von oben nach unten». Nicht die Bürger wollen das, sondern die Politiker, Bürokraten und Banker.

Entweder «fahren wir» – wie es Rechnungshofpräsident Moser ausdrückte – «ungebremst gegen die Wand», oder wir kehren die Machtverhältnisse um – wie in der Schweiz. Den Unterschied brachte einst Journalistenlegende Kurt Felix auf den Punkt: «Deutschland hat glückliche Politiker und ein unglückliches Volk; die Schweiz hat ein glückliches Volk und unglückliche Politiker.»

Europameister des Bauwahnsinns

Dr. Tassilo Wallentin, erschienen am 1.2.2015 (Kronen-Zeitung, Wien)

31 Fussballfelder! Jeden Tag wird in Österreich eine derart grosse Fläche verbaut. Unser Land ist mittlerweile Europameister im Zubetonieren und Zerstören fruchtbarer Böden. Schon jetzt gibt es nicht mehr genügend Äcker, um alle Bürger im Notfall mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die Gier nach Bauland in Österreich ist gewaltig und völlig ungehemmt: Jeden Tag werden Wiesen und fruchtbare Äcker in der Grösse von 31 Fussballfeldern dem Bau von Strassen, Parkplätzen, Gewerbezentren, Shopping-Centern, Siedlungen und Industriehallen geopfert. Jedes Jahr verschwindet eine Fläche, die so gross ist wie die Stadt Salzburg. In Österreich erreicht die Strassenlänge bereits den internationalen Spitzenwert von 15

Metern pro Kopf, wohingegen diejenige Deutschlands und der Schweiz nur etwa 8 Meter pro Kopf beträgt. Jedem Bürger unseres Landes steht 1,80 m² Supermarktfläche zur Verfügung, während es in Italien und Frankreich nur etwa 1 m² ist. Mit einem Wort: Im Zubetonieren, Versiegeln und Zerstören fruchtbarer Böden sind wir Europameister. Und das, obwohl die Bevölkerungszahl nur geringfügig steigt und es – laut dem österreichischen Umweltbundesamt – im Inland 130 Millionen Quadratmeter ungenutzte Industriehallen und 500 Millionen Quadratmeter leerstehender Wohnungs- und Geschäftsobjekte gibt.

Der Raubbau hat bereits dazu geführt, dass es nicht mehr möglich ist, alle Bürger mit heimischen Nahrungsmitteln zu versorgen. Denn dazu bräuchte man eine Ackerfläche von 3000 m² pro Kopf; tatsächlich stehen aber nur mehr 1600 m² pro Kopf zur Verfügung. Die Versorgungssicherheit der Menschen für den Notfall ist nicht mehr gewährleistet. Die Politik hat damit die wirtschaftliche Landesverteidigung – eine wesentliche Säule unserer Neutralität im Sinne des Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes – leichtfertig geopfert.

Die ökologischen Folgen des ausserhalb jedes vernünftigen Verhältnisses stehenden Bauwahnsinns spüren wir schon: Durch den Klimawandel kommt es immer wieder zu Hitzewellen und Starkregen. Die versiegelten Böden können kein Wasser und keinen Staub aufnehmen, weshalb es zu Überschwemmungen, Hochwassern, Staubbildung und zum Hitzeanstieg kommt. Zudem sind die verbauten Naturräume für immer verloren. Von den Folgen zerschnittener Landschaften für den Tourismus gar nicht zu reden.

Der Bodenverbrauch muss durch gesetzliche Sofort-Massnahmen gestoppt werden. Wir brauchen einen nationalen Aktionsplan für die bodenschonende Raumplanung, die Festlegung von Siedlungsgrenzen, den Vorrang für Naturräume und landwirtschaftliche Flächen sowie die Nutzung leerstehender Immobilien, anstatt immer neue Gewerbegebiete und Strassen zu bauen oder künstliche Städte hochzuziehen. Der Bundes-Finanzausgleich muss überdacht werden. Bisher lautet das Motto: Je mehr Einwohner, desto mehr Geld erhält die Gemeinde vom Bund. Künftig sollten Kommunen nur Zahlungen erhalten, wenn sie Boden «gespart» haben.

All diese Probleme erkannte schon unser Nobelpreisträger und «Vater der Graugänse» Prof. Konrad Lorenz. Er sprach von einer unglaublichen Bedenkenlosigkeit und Schuld des Zivilisationsmenschen an der ästhetischen Verrohung. Er nannte die Verwüstung des Lebensraumes eine Todsünde: «Woher soll dem heranwachsenden Menschen Ehrfurcht vor irgendetwas kommen, wenn alles, was er um sich sieht, Menschenwerk, und zwar sehr billiges und hässliches Menschenwerk ist?»

Von: Stefan Hahnekamp [mailto:stefan.hahnekamp@at.figu.org]

Gesendet: Samstag, 14. November 2015 22:08

An: tassilo.wallentin@wallentinlaw.com

Betreff: Copyright-Anfrage

Sehr geehrter Herr Wallentin!

Mit Ihrem Einverständnis würde ich gerne eine Wiederveröffentlichung Ihre beiden Artikel in der Kronenzeitung «Europameister des Bauwahns» und «Das Schweizer Modell» veranlassen.

Das Organ wäre eine Schrift des Vereins FIGU (www.figu.org/ch) . Der Verein beschäftigt sich unter anderem mit der Überbevölkerung und deren Auswirkungen sowie mit dem aktuellen Weltgeschehen und deren Hintergründen.

Die Bulletins und Zeitzeichen-Magazine der FIGU, die für eine Wiederveröffentlichung Ihrer Artikel in Frage kommen, stehen kostenlos im Internet zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
Stefan Hahnekamp

P.S. Für den Fall, dass Sie mir die Zustimmung geben, möchte ich auch fragen, ob Sie mir die Texte in der einen oder anderen Form (Word, Text-PDF) zur Verfügung stellen könnten.

Salome Bernadette

Hr. Wallentin hat mir heute kommentarlos die Texte zugeschickt (siehe Mail). Das ist auch eine Form der Zustimmung für eine Wiederveröffentlichung :-)

Alle drei Texte zusammengefasst in einem Word-Dokument.

Gruss,
Stefan

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.–

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2015

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz